

Interparlamentarische Koordinationsstelle



Tätigkeitsbericht 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Ihnen den Tätigkeitsbericht der Interparlamentarischen Koordinationsstelle (nachstehend: Koordinationsstelle) für das Jahr 2019 zu unterbreiten. Gemäss Artikel 7 Absatz 2 des Reglements der Koordinationsstelle wird dieser Bericht den Parlamenten der Mitgliedskantone über die Mitwirkung der Parlamente (ParlVer) zugestellt.

Die Koordinationsstelle wurde 2011 durch den ParlVer (Art. 4 bis 6) ins Leben gerufen und hat das Forum der Präsidenten der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der Westschweizer Kantone ersetzt, das seinerseits aus der «Convention des conventions» hervorgegangen war¹. Es handelt sich also um den Bericht über das neunte Tätigkeitsjahr dieser Koordinationsstelle.

1. Zusammensetzung der Koordinationsstelle und Änderungen 2019

Die Koordinationsstelle setzt sich aus einem Mitglied und einem Stellvertreter pro Vertragskanton zusammen. Sie werden aus den Reihen der kantonalen Parlamentarier gewählt und gemäss der im jeweiligen Kanton geltenden Gesetzgebung ernannt. Gemäss dem eingeführten Turnus, wonach jeder Kanton das Präsidium abwechselnd innehat, hat der Kanton Freiburg diese Funktion für 2019–2020 übernommen. Der Kanton Neuenburg hat das Vizepräsidium inne.

Innerhalb der Koordinationsstelle ist es im Jahr 2019 zu vier Wechseln gekommen:

- *Kanton Freiburg*

Der neue Vizepräsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Kantons Freiburg, Nicolas Pasquier, hat Bernadette Hänni-Fischer als Stellvertreter ersetzt.

- *Kanton Wallis*

Der neue Präsident der Delegation für auswärtige Angelegenheiten, Flavien Sauthier, hat Raymond Borgeat als Mitglied der Koordinationsstelle ersetzt und Raymond Borgeat seinerseits hat Flavien Sauthier als Stellvertreter ersetzt.

- *Kanton Neuenburg*

Der neue Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Julien Spacio, hat Patrick Hermann als Mitglied ersetzt.

- *Kanton Jura*

Der neue Vizepräsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten und Bildung, Ernest Gerber, hat Anaïs Girardin als Stellvertreter ersetzt.

¹ Eine Beschreibung der Koordinationsstelle, ihrer Aufgaben und ihrer Arbeitsweise findet sich im Tätigkeitsbericht 2011 (https://ge.ch/grandconseil/data/divers_publication_pdf/bic_al_rapport_2018.pdf)

Am 31. Dezember 2019 setzte sich die Koordinationsstelle wie folgt zusammen:

	Mitglieder	Stellvertreter
VD	Etienne Räss	Laurent Miéville
FR	Gabrielle Bourguet <i>Präsidentin 2019–2020</i>	Nicolas Pasquier
VS	Flavien Sauthier	Raymond Borgeat
NE	Julien Spacio <i>Vizepräsident 2019–2020</i>	Jean-Claude Guyot
GE	Raymond Wicky	Grégoire Carasso
JU	Philippe Rottet	Ernest Gerber

Tina Rodriguez, wissenschaftliche Kommissionssekretärin im Generalsekretariat des Grossen Rats des Kantons Genf, kümmert sich seit Oktober 2018 um das Sekretariat der Koordinationsstelle. Stefano Gorgone, ebenfalls wissenschaftlicher Kommissionssekretär, ist stellvertretender Sekretär und verfasst die Sitzungsprotokolle der Koordinationsstelle.

2. Die drei Sitzungen der Koordinationsstelle im Jahr 2019

Sitzung vom 28. Januar 2019 in Lausanne

Folgende Punkte wurden behandelt:

- Diskussion und Annahme des Tätigkeitsberichts 2018;
- Rückmeldung zur Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele;
- Rückmeldung zum neuen, von der interkantonalen Legislativkonferenz (ILK) angenommenen Reglement;
- Prüfung der laufenden interkantonalen Vereinbarungen und der anderen interkantonalen Tätigkeiten auf der Grundlage von Übersichten, die von den kantonalen Sekretariaten aktualisiert und vom Sekretariat der Koordinationsstelle konsolidiert wurden (IUV II, IVSE, IVLW usw.).

Sitzung vom 20. Mai 2019 in Lausanne

Folgende Punkte wurden behandelt:

- Diskussion und Genehmigung der Rechnung 2018 des Sekretariats der Koordinationsstelle;
- Diskussion und Genehmigung des Budgets des Sekretariats für das Jahr 2020;
- Rückblick auf die Treffen der ILK vom 8. März und 7. Juni 2019;
- Standortbestimmung zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) in Anwesenheit der Vertreter der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK);
- Organisation der interparlamentarischen Prüfungskommission (IPK) für das gesamtschweizerische Geldspielkonkordat (GSK) und den Westschweizer Vereinbarungsentwurf über Geldspiele (CORJA);
- Prüfung der laufenden interkantonalen Vereinbarungen und der übrigen interkantonalen Tätigkeiten.

Sitzung vom 23. September 2019 in Genf

Folgende Punkte wurden behandelt:

- Rückmeldung zur interparlamentarischen Prüfungskommission vom 2. September 2019 für die Konkordate GSK und CORJA;
- Bilanz über die Anwendung des ParlVer nach acht Jahren;
- Prüfung der laufenden interkantonalen Vereinbarungen und der übrigen interkantonalen Tätigkeiten.

3. Zirkulation der Informationen über die sich in Aushandlung befindlichen Vereinbarungen

Das Thema der Zirkulation der Informationen über die sich in Aushandlung befindlichen Vereinbarungen wird von der Koordinationsstelle stets mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt. 2019 wurde eine interparlamentarische Prüfungskommission (IPK) für die Konkordate im Zusammenhang mit Geldspielen eingesetzt: das gesamtschweizerische GSK und der Westschweizer Vereinbarungsentwurf CORJA.

Die Koordinationsstelle erfährt von den aktuell ausgehandelten Vereinbarungen über unterschiedliche und teils informelle Kanäle. Die Kenntnis der interkantonalen Vernehmlassungsmechanismen durch die Regierungen und Konferenzen muss weiter verbessert werden. Um die Regierungen für diese Problematik zu sensibilisieren, schlug die Koordinationsstelle ein Treffen mit der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) vor, die positiv auf diese Anfrage reagiert hat. Das Treffen wird 2020 stattfinden.

4. Website der Koordinationsstelle

Die 2012 geschaffene Website der Koordinationsstelle ist immer noch auf der Website des Grossen Rates der Republik und des Kantons Genf untergebracht.

Sie ist unter folgenden Adressen abrufbar:

ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_fr/coparl (Französisch)

ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_de/parlver (Deutsch)

Auf dieser Website finden sich Informationen über den ParlVer, die Koordinationsstelle, die Prüfung der interkantonalen Vereinbarungen und die interparlamentarische Aufsicht. Die wichtigsten Unterlagen zum ParlVer und zur Koordinationsstelle finden sich ebenfalls auf dieser Website.

5. Interparlamentarische Tätigkeiten

2019 von der Koordinationsstelle behandelte Geschäfte:

Gemitschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK) und Entwurf einer Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele (CORJA)

Infolge eines Treffens der ILK zum Thema Geldspiele und Lotterien richtete die Koordinationsstelle am 26. Oktober 2016 ein Schreiben an die Conférence Romande de la Loterie et des Jeux (nachfolgend: CRLJ), um an die Vernehmlassungsmechanismen des ParlVer betreffend interkantonale Konkordate zu erinnern, um sicherzustellen, dass die Parlamente rechtzeitig konsultiert werden. Daraufhin wurde die Koordinationsstelle darüber informiert, dass die Parlamente wahrscheinlich ab dem zweiten Halbjahr 2017 zu diesem Thema konsultiert würden.

Jean-Luc Moner Banet, Generaldirektor der Loterie Romande, hat an der Oktobersitzung 2017 vor der Koordinationsstelle eine Präsentation über die bevorstehenden Gesetzesänderungen

im Geldspielbereich gehalten. Im November 2017 fand ein schriftlicher Austausch mit dem Sekretariat der CRLJ statt, um den Zeitplan für die verschiedenen Etappen zu klären.

Die Koordinationsstelle wurde informiert, dass zwischen dem 1. Juni und dem 15. Oktober 2018 eine zweite Vernehmlassung bezüglich des interkantonalen Konkordats und der regionalen Vereinbarungen (einschliesslich jener zur Loterie Romande) vorgesehen sei. Das Inkrafttreten dieser Texte sei per 1. Juli 2020 geplant.

Die Koordinationsstelle nahm zudem zur Kenntnis, dass das Referendum gegen das Bundesgesetz über Geldspiele (nachfolgend: BGS) kurz davor war, zustande zu kommen. Nachdem das Referendum zustande gekommen war, stimmte das Volk am 10. Juni 2018 über das BGS ab und nahm es an.

Infolge mehrerer Schreiben waren an der Oktobersitzung 2018 der Koordinationsstelle erneut Jean-Luc Moner Banet, Generaldirektor der Loterie Romande, begleitet von Albert von Braun, Sekretär der CRLJ, und Danielle Perrette, Direktorin Kommunikation und nachhaltige Entwicklung der Loterie Romande, zugegen, um eine Standortbestimmung zur Vernehmlassung über die interkantonalen Konkordate im Zusammenhang mit dem BGS, das am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist, vorzunehmen.

Die Koordinationsstelle hat die CRLJ anschliessend regelmässig daran erinnert, dass die Parlamente zu gegebener Zeit in das Vernehmlassungsverfahren einbezogen werden müssen.

Der Entwurf der Westschweizer Vereinbarung wurde schliesslich im Hinblick auf eine interparlamentarische Vernehmlassung im Sinne des ParlVer am 22. Mai 2019 formell an die Koordinationsstelle übermittelt. Einzig die Dokumente im Zusammenhang mit der CORJA wurden an die Koordinationsstelle weitergeleitet, obwohl die CRLJ mitgeteilt hatte, dass sich die Vernehmlassung formell auf das GSK (gesamtschweizerisches Konkordat) und die CORJA (regionale Vereinbarung) beziehe.

Die Westschweizer Kantone wünschten die Einsetzung einer IPK über die beiden Texte, die am 2. September und am 3. Oktober 2019 in Lausanne zusammenkam. Die IPK wurde von Raymond Wicky, Genfer Mitglied der Koordinationsstelle, geleitet. Sie übermittelte den zuständigen Konferenzen (FDKL für das GSK und CRLJ für die CORJA) am 31. Oktober 2019 einen Schlussbericht mit ihren Beobachtungen und Vorschlägen.

Die Koordinationsstelle hat kürzlich von der CRLJ ein positives Feedback zu den Beobachtungen der IPK bei diesen beiden Plenarsitzungen erhalten. Die meisten Vorschläge der IPK betreffend die CORJA wurden befolgt. Im Rahmen dieser Übung konnte die Koordinationsstelle feststellen, dass das vom ParlVer eingesetzte interparlamentarische Verfahren für die interkantonalen Konkordate in der Westschweiz insgesamt zufriedenstellend funktioniert, jedoch für die nationalen Konkordate schwieriger umzusetzen ist.

Entwurf einer Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz der Kantone Freiburg, Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (SIERA)

Die Parlamentsbüros der von dieser Vereinbarung betroffenen Kantone wurden durch die für den Entwurf zuständige Behörde (Gebietseinheit III) im Frühling 2018 im Rahmen von deren Erarbeitung konsultiert. So konnte das interparlamentarische Verfahren im Sinne von Artikel 12 ParlVer umgesetzt werden. Die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten wurden konsultiert und verzichteten einstimmig auf die Einsetzung einer IPK.

Wie in der SIERA-Vereinbarung vorgesehen, wurde eine interparlamentarische Aufsichtskommission mit drei Abgeordneten pro Vertragskanton gebildet. Diese ist am 4. November 2019 in Lausanne erstmals zusammengekommen.

Entwurf zur Änderung der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)

Im Rahmen der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Abänderungsentwurf der IVöB haben die Westschweizer Parlamente eine IPK eingesetzt. Diese ist am 23. April und am 7. Mai 2015 unter dem Präsidium von Gabriel Barrillier (GE) zusammengetreten. Der Kommissionsbericht wurde dem Interkantonalen Organ für das öffentliche Beschaffungswesen im Mai 2015 übermittelt. Dieses hat seinen Vernehmlassungsbericht am 17. September 2015 eingereicht.

Die Revision dieser interkantonalen Vereinbarung hängt von der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) ab. Der Nationalrat hat die Revision des BöB am 13. Juni 2018 verabschiedet. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-SR) sprach sich ohne Gegenvorschlag für Eintreten aus. Sie setzte die Detailberatung des BöB am 8. Oktober 2018 fort und widmete sich am 1. November 2018 erneut dem Entwurf.

Die Arbeiten der eidgenössischen Kammern wurden im Juni 2019 abgeschlossen und während dem Sommer wurde eine Vernehmlassung zur IVöB bei den Kantonsregierungen durchgeführt. Da die Vernehmlassungsfristen extrem kurz waren, blieb keine Zeit für eine etwaige erneute Vernehmlassung gemäss ParlVer mit der Einsetzung einer IPK.

Um weitere Informationen zum Thema zu erhalten, empfing die Koordinationsstelle bei ihrer Sitzung vom 20. Mai 2019 Jean-François Steiert, Freiburger Staatsrat und Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion sowie Mitglied des politischen Lenkungsausschusses AURORA der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (nachfolgend: BPUK), Gueric Riedi, kantonal Delegierter für das Projekt AURORA und Verantwortlicher des Kompetenzzentrums öffentliches Beschaffungswesen des Kantons Waadt, und Regina Füeg, stellvertretende Generalsekretärin der BPUK. Die Vertreter der BPUK präsentierten die Entwicklung und die Herausforderungen der IVöB.

So konnten die parlamentarischen Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten Informationen im Zusammenhang mit dieser interkantonalen Vereinbarung erhalten, insbesondere dank den von der Koordinationsstelle unternommenen Schritten. Einige von ihnen konnten so ihre Stellungnahme zu dieser Vereinbarung auf kantonaler Ebene koordinieren.

Am 15. November 2019 genehmigte die BPUK bei einer ausserordentlichen Plenarversammlung die revidierte IVöB (IVöB 2019). Infolge dieser Genehmigung wurde der Ratifizierungsprozess in den Kantonen lanciert und die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald ihr zwei Kantone beigetreten sind.

Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Der stellvertretende Generalsekretär des Grossen Rates des Kantons Freiburg hat die Koordinationsstelle darüber informiert, dass zur Änderung dieser Vereinbarung zurzeit eine Vernehmlassung bei den Regierungen im Gang sei. Im Kanton Freiburg wurde die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Vorfeld angehört. Sie verzichtete darauf, Stellung zu nehmen und schlug den Partnerkantonen vor, auf die Schaffung einer IPK zu diesem Thema zu verzichten.

In den Kantonen Jura, Wallis und Genf wurde der definitive Revisionsentwurf für diese Vereinbarung den parlamentarischen Kommissionen unterbreitet. Der jurassische Grosse Rat hat die Änderungen genehmigt. In den Kantonen Wallis und Genf muss dieses Geschäft demnächst im Plenum behandelt werden.

Es ist festzuhalten, dass die Genfer Kommission für kommunale, regionale und internationale Angelegenheiten den Gesetzesentwurf zur Genehmigung der Änderung dieser Vereinbarung aufgrund der fehlenden vorgängigen Vernehmlassung im Sinne des ParlVer abgelehnt hat.

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Harmonisierung und die gemeinsame Bereitstellung der Polizeitechnik und -informatik in der Schweiz

Das Sekretariat der Koordinationsstelle wurde vom Generalsekretär des Waadtländer Grossen Rates darüber informiert, dass auf der Ebene der Regierungen eine Vernehmlassung zu dieser interkantonalen Vereinbarung im Gang ist. Die Koordinationsstelle ist bei der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vorstellig geworden, um zu erfahren, ob die Westschweizer Parlamente im Sinne des ParlVer im Rahmen dieser Vernehmlassung formell angerufen werden.

Die zuständige Konferenz antwortete, dass es den Kantonen überlassen sei, ihr Parlament in das Vernehmlassungsverfahren einzubeziehen und dass keine Absicht bestehe, die Kantone über die Koordinationsstelle formell einzubinden.

Die Unterlagen zur Vernehmlassung sowie der oben erwähnte Schriftverkehr wurden an die Mitglieder der Koordinationsstelle weitergeleitet, damit jeder Kanton gemäss dem auf kantonaler Ebene vorgesehenen Verfahren vorgehen kann. Die thematische Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Kantons Waadt hat sich über das Kommissionsbüro geäussert. In Freiburg wurde der Grosse Rat nicht direkt angehört, doch fand diesbezüglich ein Austausch statt.

Vor 2019 behandelte Geschäfte:

Interkantonales Abkommen über die Überwachung, die Bewilligung und die Aufteilung der Gewinne der Lotterien und Wetten auf interkantonaler oder gesamtschweizerischer Ebene (ARPV)

Wie die Vereinbarung über die Loterie Romande (spätere CORJA) war auch die ARPV (späteres GSK) Gegenstand eines nationalen Änderungsentwurfs. Von den Kantonsregierungen und den Parlamenten wurde gemäss den kantonalen Verfahren mit Blick auf die Erhaltung der Lotterie- und Wettkommission (Comlot) in Erwartung der Konkordate ein Zusatzvertrag angenommen. Die Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz räumte den Kantonen für die Annahme der Vereinbarung eine Frist bis zum 31. Dezember 2018 ein.

Neue interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV II)

Es wurde eine IPK gebildet, um den Text zu prüfen. Sie ist am 27. November 2017 unter dem Präsidium von Raymond Borgeat (VS) zusammengekommen und hat ihren Bericht im Januar 2018 im Rahmen der Vernehmlassung der EDK eingereicht.

Die genannte Vernehmlassung richtete sich an die Kantonsregierungen sowie verschiedene Partner und wurde am 31. Januar 2018 abgeschlossen. Der Bericht der EDK vom 30. Mai 2018 ist auf der Website der EDK verfügbar und enthält die Ergebnisse der Vernehmlassung mit den Antworten sämtlicher befragten Organe.

Bei ihrer Plenarversammlung vom 27. Juni 2019 genehmigte die EDK die vollständig überarbeitete interkantonale Universitätsvereinbarung mit 18 von insgesamt 24 Stimmen (Ablehnung: Freiburg, Genf, Neuenburg, Waadt und Enthaltungen: Basel-Landschaft und Basel-Stadt). Das Konkordat, das somit die für seine Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten hat, wird den Kantonen zur Ratifizierung vorgelegt. Der Vorstand der EDK kann es in Kraft setzen, sobald ihm 18 Kantone beigetreten sind.

Änderung des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz

Ende 2013 haben die Parlamentsbüros der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Wallis und Waadt beschlossen, eine interparlamentarische Kommission zur Prüfung der Änderung des Konkordats vom 10. Oktober 1988 über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz einzusetzen. Der Text wurde den Kantonsregierungen zum Beitritt unterbreitet. Das Konkordat ist unterdessen in der ganzen Westschweiz gültig.

Änderung des Konkordats vom 24. März 2005 über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Kanton Tessin)

Im September 2014 hat die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) der Koordinationsstelle den Entwurf zur Änderung des Konkordats vom 24. März 2005 über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Kanton Tessin) übermittelt.

Gemäss dem vom ParlVer eingeführten Verfahren wurden die Mitgliedskantone gebeten, zur allfälligen Schaffung einer interparlamentarischen Prüfungskommission (IPK) zur Prüfung des Entwurfs Stellung zu nehmen. Im Einklang mit Artikel 12 ParlVer wurde festgehalten, dass die Westschweizer Parlamente die Schaffung einer solchen IPK wünschten, um den Entwurf zur Änderung des Konkordats zu prüfen.

Die interparlamentarische Kommission ist am 5. Februar 2015 unter dem Präsidium von Nicolas Mattenberger (VD) zusammengetreten. Der Kommissionsbericht wurde der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) im März 2015 übermittelt. Der Text wurde seither von den jeweiligen Parlamenten verabschiedet und ist am 1. Juli 2018 in Kraft getreten.

6. Sekretariat der Koordinationsstelle

Budget 2020

Gemäss ParlVer werden die Kosten des Sekretariats zwischen den Vertragskantonen aufgeteilt. Der Aufteilungsschlüssel wird nach Massgabe der Bevölkerungszahl jedes Kantons berechnet. Für die Aufteilung zwischen den Kantonen beschloss die Koordinationsstelle, sich für vier Rechnungsjahre ab 2012 auf die Bevölkerungsdaten 2009 zu stützen. Seit dem Budget 2016 werden die Kantonsbeiträge auf der Grundlage der neuen vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Zahlen berechnet.

Das Budget 2020 wurde von der Koordinationsstelle an der Sitzung vom 20. Mai 2019 genehmigt und entspricht dem Budget 2018. Das Budget umfasst im Wesentlichen Löhne und Sozialabgaben für die Mitarbeitenden.

	<i>Bevölkerung</i>	<i>in %</i>	<i>in CHF</i>
Freiburg	318'653.00	14,41	6'917.82
Genf	499'332.00	22,58	10'840.29
Jura	73'401.00	3,32	1'593.51
Neuenburg	176'807.00	8,00	3'838.41
Wallis	343'850.00	15,55	7'464.84
Waadt	798'962.00	36,14	17'345.13
Total	2'211'005.00	100.00	48'000.00

Der jeweilige Anteil am Sekretariatsbudget wird in die Budgets der einzelnen Kantone aufgenommen.

Übersetzung

Die wichtigsten Dokumente der Koordinationsstelle, namentlich das Reglement, das Pflichtenheft des Sekretariats und die Tätigkeitsberichte, werden auf Deutsch übersetzt. Dasselbe gilt für die Website.

Die Koordinationsstelle hat vorgesehen, dass die Übersetzungen abwechselnd von den zweisprachigen Parlamentsdiensten der Kantone Wallis und Freiburg ausgeführt werden.

7. Interkantonale Legislativkonferenz (ILK)

Die interkantonale Legislativkonferenz hat im September 2016 entschieden, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um ihre Aufgabe und ihre Organisation zu analysieren. Diese Arbeitsgruppe ist an folgenden Daten zusammengetreten: 4. November 2016, 13. Januar, 10. März und 9. Juni 2017. Die Koordinationsstelle wurde durch das Präsidium, das Vizepräsidium sowie das Sekretariat vertreten.

Die Arbeitsgruppe hat insbesondere Inhalt und Form des Informationsaustauschs sowie das Austauschverfahren behandelt. Es wurde auch in Erwägung gezogen, die ILK durch eine eigene Koordinationsstelle zu stärken. Die Überlegungen wurden der Koordinationsstelle zusammengefasst vorgelegt. Davon ausgehend hat Letztere die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten dazu befragt.

Betreffend den Informationsaustausch ging daraus hervor, dass zusätzliche Informationen zur genauen Umsetzung gewünscht sind, insbesondere was die Harmonisierung der Praxis der beteiligten Kantone und die Vertraulichkeit der Daten angeht. In Bezug auf eine eigene Koordinationsstelle der ILK wurden insbesondere weitere Informationen betreffend den Formalisierungsgrad, die repräsentative Vertretung, die Kompetenzen und die Funktionsweise erwartet. Auch die allfälligen zusätzlichen Ausgaben durch diese Entwicklung gaben Anlass zur Sorge.

Die Koordinationsstelle, die alle für die Arbeitsgruppe der ILK möglicherweise nützlichen Informationen zur Verfügung gestellt hat, geht davon aus, dass die Anwesenheit des Sekretariats für die künftigen Sitzungen der Arbeitsgruppe ausreicht. Ein Reglemententwurf der ILK, der die Schaffung einer Koordinationsstelle sowie eine finanzielle Beteiligung der Kantone, die Mitglied der ILK sein möchten, vorsieht, wurde der Koordinationsstelle übermittelt, damit die Meinungen der Westschweizer Parlamentsvertreter über die gewünschten Änderungen eingeholt werden können.

Die Koordinationsstelle antwortete, dass sie einen Informationsaustausch befürwortet, allerdings gegen die beabsichtigte Weiterentwicklung der ILK ist. Sie erinnerte zudem daran, dass ihre eigene juristische Struktur auf dem ParlVer beruhe, der von den Westschweizer Parlamenten und Regierungen angenommenen interkantonalen Vereinbarung, die der Koordinationsstelle Befugnisse einräumt und ihre Stellungnahmen legitimiert.

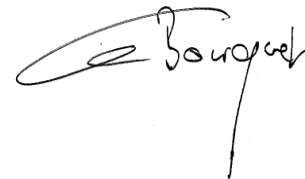
Am 21. September 2018 fand in Bern ein Treffen der ILK statt, bei dem der Präsident der Koordinationsstelle über die Position von deren Vertretern informierte. Die ILK entschied schliesslich, ein Verband zu werden und hat Statuten verabschiedet. Diese wurden am 7. Juni 2019 angenommen. Es ist eine finanzielle Beteiligung der einzelnen Mitgliedskantone vorgesehen, wie auch die Schaffung einer Koordinationsstelle mit der Aufgabe, die Aktivitäten der ILK zu organisieren. Gründungsmitglieder sind die Kantone Bern, Zürich, Aargau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die durch die Koordinationsstelle vertretenen Parlamente sind nicht Mitglieder der ILK, doch ist es jedem Kantonsparlament freigestellt zu entscheiden, ob es Mitglied des Verbands werden möchte oder nicht. Treffen der ILK haben auch am 8. März und am 29. November 2019 stattgefunden.

Ausblick auf das Jahr 2020

Für das Jahr 2020 hat sich die Koordinationsstelle insbesondere folgende Ziele gesetzt:

- Weitere Stärkung der Beziehungen zu den kantonalen und interkantonalen Partnern (insbesondere WRK), um sicherzustellen, dass die Informationen im Zusammenhang mit den Vereinbarungen innert nützlicher Frist zur Koordinationsstelle gelangen, um die Umsetzung der im ParlVer vorgesehenen Verfahren zu ermöglichen.
- Dabei soll insbesondere im Rahmen künftiger Vernehmlassungen im Zusammenhang mit interkantonalen Vereinbarungen von nationaler Bedeutung interveniert werden, damit die im ParlVer vorgesehenen Mechanismen greifen können.
- Beobachtung der Entwicklung der ILK infolge der Annahme ihrer neuen Statuten.

Gabrielle Bourguet



Präsidentin der
Koordinationsstelle

Genf, den 31. Januar 2020

Dieser Bericht wurde von der Koordinationsstelle bei ihrer Sitzung vom 20. Januar 2020 genehmigt.